



## Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Justiz-  
und Polizeidepartement (EJPD)  
Nussbaumstrasse 29  
3003 Bern

### **Bundesgesetz über Vorläuferstoffe für explosionsfähige Stoffe; Vernehmlassung**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 8. Dezember 2017 laden Sie den Regierungsrat des Kantons Uri ein, zum Vorentwurf des Bundesgesetzes über Vorläuferstoffe für explosionsfähige Stoffe Stellung zu nehmen. Gerne äussern wir uns dazu wie folgt.

Schon mehrfach verwendeten Terroristen für ihre Anschläge «home-made explosives». Zu deren Herstellung sind Chemikalien nötig, die man auch in Alltagsprodukten findet. Im Gegensatz zum EU-Raum sind solche Produkte in der Schweiz für jedermann frei erhältlich. Es besteht somit die Gefahr, dass sich Kriminelle in der Schweiz mit solchen Produkten eindecken oder diese - auch in der Schweiz - missbräuchlich verwenden.

Das neue Bundesgesetz bezweckt, die erwähnte missbräuchliche Verwendung von Stoffen zu verhindern. Weiter wird der Zugang von Privatpersonen zu solchen Produkten teilweise eingeschränkt und Privatpersonen untersagt, selber explosionsfähige Stoffe herzustellen. Schliesslich sind eine Meldemöglichkeit für verdächtige Vorkommnisse und eine entsprechende Sensibilisierung des Handels vorgesehen. Mit diesen Massnahmen soll ein Beitrag zur Gewährleistung der inneren Sicherheit der Schweiz und zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus geleistet werden.

Die Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten (KKPKS) ist im Projektausschuss Vorläuferstoffe vertreten. Sie unterstützt diese Gesetzgebung und den damit gewählten pragmatischen Weg.

Der Regierungsrat schliesst sich der Stellungnahme der KKPKS zur Vernehmlassungsvorlage an und verzichtet auf eine einlässliche Vernehmlassung.

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 7. Februar 2018



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor

Beat Jörg

Roman Balli